

Änderungsvorschläge zu einzelnen Abschnitten der Vorlage zu den Kommunalpolitischen Eckpunkten 2016 - 2021

(wegen der besseren Lesbarkeit: Wo Änderungen eingefügt oder ganz neue Passagen = kursiv)

1 **Lebenswerte Städte und Gemeinden gemeinsam gestalten**

2 *Kommunalpolitik heißt nicht verwalten, sondern ein gutes Leben für alle in lebenswerten Städten*
3 *und Gemeinden mit den Bürgerinnen und Bürgern solidarisch und demokratisch gestalten. Soziale*
4 *Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und die direkte Beteiligung aller sollen das Leben in*
5 *unseren Kommunen bestimmen.*

6
7 Die gesellschaftliche Entwicklung ist durch eine massive Zunahme sozialer Ungleichheit geprägt.
8 Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander. In Deutschland nennen
9 zehn Prozent der Reichsten mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens ihr Eigen, während
10 die Hälfte der Bevölkerung gar kein Vermögen besitzt.

11
12 *Diese großen gesellschaftlichen Probleme werden direkt vor unserer Haustür und in unserem*
13 *Lebensumfeld deutlich. Die weltweiten Aktivitäten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, vor*
14 *allem gegen die Klimaveränderung lehren uns, dass „global denken – lokal handeln“ ein*
15 *Leitgedanke solidarischer Politik ist.*

16
17 *In Hessen werden die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die*
18 *dort leben, zugunsten der städtischen Metropolen eingeschränkt. Wir wollen gleiche*
19 *Lebenschancen in Stadt und Land und die Nachteile ländlicher Regionen solidarisch ausgleichen.*

20
21 **Kommunalpolitik mit mehr Einfluss**

22 *Immer mehr Aufgaben und Lasten werden vom Bund und dem Land auf die Kommunen abgewälzt,*
23 *gleichzeitig ist der politische Einfluss ihnen gegenüber gering. Das kann man ändern. Wir wollen,*
24 *dass der Bundestag und der Landtag verbindliche Mitwirkungsrechte der Kommunen bei der*
25 *Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen beschließen.*

26
27 **Allerhöchste Zeit für eine solide Finanzierung der Kommunen**

28 *Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen*
29 *Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Das können sie aber*
30 *kaum, weil viele unserer Kommunen chronisch völlig unterfinanziert sind. Gleichzeitig hat ihnen*
31 *die Landesregierung mit der Schuldenbremse, dem Schutzschirm und der scharfen Finanzkontrolle*
32 *jede Menge Daumenschrauben angelegt. Unaufhörlich werden Städte und Gemeinden zu*
33 *Gebührenerhöhungen gezwungen oder sie müssen ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger*
34 *reduzieren.*

35
36 *Kommunen müssen ein größeres Stück vom Steuerkuchen abbekommen, um nicht länger nur den*
37 *Mangel zu verwalten.*

38 *Um der kommunalen Schuldenfalle zu entrinnen und Städten und Gemeinden wieder*
39 *Handlungsspielräume zu geben, damit sie ihre öffentlichen Aufgaben gut erfüllen können, wollen*
40 *wir eine umfassende Gemeindefinanzreform.*

41
42 *Höhere Einnahmen für die Kommunen könnten erzielt werden mit einer Weiterentwicklung der*
43 *Gewerbsteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, kommunalen Investitionspauschalen aus*
44 *Bundesmitteln und der Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund.*

45

46 *Nach dem Alsfeld-Urteil des Staatsgerichtshofs ist es in Hessen höchste Zeit, einen gerechten und*
47 *solidarischen Finanzausgleich für die Kommunen zu schaffen. Wir wollen einen Einnahmeverbund*
48 *von Land und Kommunen, der die Kommunen stärker an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt.*
49 *Unmittelbar müssen überschuldete Kommunen durch den Bund und die Landesregierung*
50 *entschuldet werden.*

51

52 **Soziale Gerechtigkeit vor Ort**

53 Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer
54 verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer
55 einzelnen Kommune aufgehoben werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der
56 wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
57 zu ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen
58 und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den
59 Kindergärten über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen
60 Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen,
61 wie z. B. Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen gewährt werden.

62

63 Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum,
64 um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten.

65

66 Städte, Gemeinden und Landkreise sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den
67 Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte
68 Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen,
69 den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in prekäre
70 Beschäftigung verhindern. *Kommunale Arbeitsmarktpolitik sollte nicht in einem*
71 *Dumpingwettbewerb scheinbar kapitalkräftige Firmen auf eigene Gemarkung locken und damit*
72 *andere Kommunen schädigen.*

73

74 Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Verantwortung
75 übernehmen, dass Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen
76 anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten.

77 *Das hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz eröffnet nunmehr den Landkreisen und Kommunen*
78 *die Möglichkeit, soziale und ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Wir*
79 *wollen dafür sorgen, dass dies auch umgesetzt wird.*

80

81 Wir brauchen in den Kommunen auch eine intensive soziale Betreuung, mehr Jugendsozialarbeit
82 und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen. Auch die gemeinnützige soziale und kulturelle
83 Arbeit von Einrichtungen und Vereinen bereichern in den Städten und Gemeinden das
84 gemeinsame Miteinander und müssen weiter ausreichend finanziell unterstützt werden.

85

86 Wir wollen ein wohnortnahes medizinisches Angebot. Rückgrat einer solchen gesundheitliche
87 Versorgung sind öffentlich kommunale Krankenhäuser, die ausreichend aus öffentlichen Mitteln
88 finanziert werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird.

89 *Auf dem Lande kommt es zunehmend zu einer ärztlichen Unterversorgung. Weite Wege und lange*
90 *Wartezeiten sind die Folgen. Inzwischen locken und konkurrieren die Gemeinden um Ärzte, die*
91 *bereit wären, auf dem Land eine Praxis zu führen. Wir treten stattdessen dafür ein, dass bei einer*
92 *ärztlichen Unterversorgung kommunale Krankenhäuser vor Ort mit angestellten Ärzten die*
93 *ambulante Betreuung vorübergehend übernehmen.*

94

95 **Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten**

96 (Hier nur redaktionelle Kürzungen)

97

98 Angemessenes Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Doch die Situation in vielen hessischen Städten
99 und im Ballungsraum Rhein-Main spitzt sich immer weiter zu. Die Mieten steigen hier seit
100 Jahren überdurchschnittlich an. Dadurch werden Menschen mit geringem Einkommen in immer
101 schlechtere Wohngebiete verdrängt. Das will DIE LINKE stoppen.

102 Soziale Wohnungspolitik ist eine *öffentliche* Aufgabe. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der
103 Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden.

104 Viele Kommunen haben ihre eigenen Wohnungsbaugesellschaften bereits veräußert, um ihre
105 klammen Finanzen zu sanieren. Die Folgen für die Mieter_innen waren stets Verunsicherung
106 und Mieterhöhungen bis hin zur Verdrängung aus ihren Wohnungen.

107 DIE LINKE tritt für den Erhalt und die soziale Ausrichtung von Kommunalen
108 Wohnungsgesellschaften ein, die ihren sozialen Aufgaben gerecht werden, indem sie nach dem
109 Auslaufen von Förderungsmitteln auf die gesetzlich möglichen Mieterhöhungen verzichten und
110 mindestens 15% unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleiben, bei Neuvermietungen keine
111 Mieterhöhungen vornehmen, sozial gestaffelte Mieten für Geringverdienende, Familien mit
112 Kindern und Rentner_innen mit kleinem Einkommen einführen.

113 Um den Bestand an Sozialwohnungen in Hessen durch Neubau erhalten zu können müssen die
114 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zudem gestärkt und Wohnungsgenossenschaften
115 stärker gefördert werden. Deshalb fordert DIE LINKE für

116 Hessen ein Landesprogramm zur Schaffung von jährlich mindestens 4.000 neuen geförderten
117 Wohnungen. Darüber hinaus muss der Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken und
118 ihre Umwandlung in Gewerberäume in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf unterbunden
119 werden.

120 In Hessen gibt es zudem für 215.000 Studierende nur etwa 15.000 Wohnheimplätze. Dadurch
121 verschärft sich die Wohnungssituation an den Hochschulstandorten zusätzlich. DIE LINKE
122 unterstützt deshalb die Forderungen für ein Landesprogramm zum Bau von jährlich 2.000
123 Wohnungen für Studierende

124 *Die Linke möchte mögliche Investoren dazu verpflichten, auch Sozialwohnungen zu errichten.*
125 *Öffentliches Bauland soll bevorzugt zur Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt*
126 *werden*

127

128 **Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner_innen**

129 (hier nur redaktionelle Änderungen)

130 Neben den wirtschaftlich Schwachen sind viele Migrant_innen von der Teilhabe am gesellschaftlichen
131 Leben ausgeschlossen. DIE LINKE kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde
132 lebenden Menschen in die kommunalen Entscheidungsprozesse unabhängig ihrer Herkunft.

133 Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch
134 gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

135 Das ist ein Menschenrecht, welches nicht unter den Vorbehalt des Besitzes eines bestimmten
136 Reisepasses gestellt werden darf. Auch die Ideen und die Mitbestimmung junger Hessinnen und
137 Hessen sind eine Bereicherung für die Demokratie! DIE LINKE fordert deshalb das kommunale
138 Wahlrecht für alle ab dem 16. Lebensjahr. Um die gesellschaftliche Vielfalt auch in hessischen
139 Rathäusern abzubilden, setzen wir uns für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein.

140

141 Wir wollen kommunale Aktionspläne und Handlungskonzepte, um Inklusion um die „UN-
142 Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“ auf kommunaler Ebene umzusetzen.

143

144 **Öffentliche Dienstleistungen in demokratischer Kontrolle**

145 *DIE LINKE streitet für den Ausbau statt der Kürzung öffentlicher Dienstleistungen.*

146 Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr,
147 Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese
148 Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht *Profiterwartungen* privater Kapitaleigner
149 erfüllen.

150

151 Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA *kennen kaum Ausnahmen der Bereiche, die*
152 *privatisiert werden sollen. Rekommunalisierungen vormals privatisierter Bereiche werden nahezu*
153 *unmöglich.*

154
155 *Das wieder wachsende Interesse von Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten*
156 *(PPP) lehnen wir ab. Diese PPP-Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen*
157 *und sind für die Kommunen im Endeffekt zu teuer, wie prominente Beispiele der Brückensanierung*
158 *in Frankfurt oder der Schulsanierung im Landkreis Offenbach in den vergangenen Jahren bereits*
159 *belegen.*

160
161 Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und Stadtwerke
162 nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den
163 Methoden der Privaten greift, stellen sich *ähnlich negative* Folgen ein.
164 Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für
165 die Beschäftigten werden verschlechtert. Um diesen Entwicklungen
166 zu begegnen sind mehr demokratische Kontrolle und eine Rücknahme der Kommerzialisierung
167 notwendig. Deshalb fordert DIE LINKE eine Rückführung *solcher* Einrichtungen in kommunale
168 Eigenbetriebe. Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen *müssen von den*
169 *Kommunalparlamenten kontrolliert werden können.*
170 Transparenz, demokratische Kontrolle und die Beteiligung der Bürgeri_nnen an Entscheidungen
171 öffentlicher Unternehmen wollen wir sicherstellen.

172
173 ***Für einen sozialen und ökologischen Umbau des Personenverkehrs***
174 *Städtische und regionale Mobilität sind schon seit Jahrzehnten nicht mehr das Ergebnis individueller*
175 *Reiseentscheidungen, sondern längst eine zwingende Notwendigkeit der Existenzsicherung. Damit ist*
176 *Mobilität von einem individuellen Bedürfnis zu einem gesellschaftlichen Problem öffentlichen*
177 *Services im ökonomischen, sozialen und kulturellem Sinn geworden und im Zusammenhang mit der*
178 *individuellen Motorisierung zu einem schwerwiegenden ökologischen Problem.*
179 *Deswegen sollen künftige lokale und regionale Mobilitäts- und Logistikkonzepte prinzipiell nicht mehr*
180 *durch individuelle Beiträge (z.B. Fahrkarten) finanziert, sondern auf der Basis eines solidarischen*
181 *und sozialen Systems finanziert werden.*

182 *Wir haben es in Hessen extrem unterschiedliche Situation des ÖPNV in den Städten und auf dem Land.*
183 *Für die größeren Städte fordert DIE LINKE einen „Fahrscheinlosen Nahverkehr“ solidarisch,*
184 *finanziert nach dem Solidaritäts- und Verursacherprinzip.*

185 *Auf dem Land muss teilweise der „Öffentliche Personenverkehr“ überhaupt erst wieder in das*
186 *öffentliche Bewusstsein gerückt werden. DIE LINKE fordert neben dem Ausbau des Schienenverkehrs*
187 *eine deutliche finanzielle Unterstützung eines Systems von Anrufsammeltaxen (AST), Rufbussen und*
188 *des Aufbaus von Car-Sharing-Netzen.*

189 DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche
190 Großprojekte wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Sie unterstützt den Widerstand der
191 Menschen vor Ort gegen diese Projekte, die das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der
192 betroffenen Menschen belasten.

193
194 **Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden**
195 (Redaktionell)

196 Auch nach der Novellierung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung Anfang 2011 sind die
197 Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im Gegensatz zu
198 anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin kein Petitions- oder
199 Antragsrecht für ihre Bürger_innen.

200
201 Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Begehren und Entscheide r mehr unmittelbaren
202 politischen Einfluss erhalten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und
203 Informationsfreiheit voraus. Auch die Stadtverordneten sollen mehr Kontrollrechte gegenüber

204 Magistrat und kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die weitest gehende Aufhebung
205 der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen
206 Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

207
208 DIE LINKE setzt sich für echte Bürgerhaushalte ein, *die nicht dazu dienen, die Einsparungsvorhaben*
209 *auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen.* Es ist daher unabdingbar, *dass allen in allen Phasen eine*
210 *breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist und umfassende*
211 *Informationen zur Verfügung stehen und die Kommunen die Entscheidungen umzusetzen haben.*

212
213 Das zunehmende – und unterstützenswerte – ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht
214 dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen.
215 Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen
216 gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den sie betreffenden kommunalen Entscheidungen verweigert
217 wird.

218 **Bildung und KITA**

219 (Redaktionell)

220
221 DIE LINKE fordert den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen
222 Krippenplätzen und Kindergärten, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes
223 pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist.

224 Die Ausbildung und die Fortbildung sind zu verbessern. Die *Eingruppierung* und Bezahlung von
225 Erzieher_innen müssen angehoben werden.

226
227 DIE LINKE *will* ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wo
228 Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich DIE LINKE für jeden
229 Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt.

230
231 Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen
232 Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche
233 Ausstattung der Schulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard
234 jeder Schule gehören.

235 Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von den Kindern Schulgeld verlangen, lehnt DIE
236 LINKE nachdrücklich ab. Solche Schulen stehen in einem krassen Widerspruch zu unserer Forderung
237 nach einer Schule für alle. Die Wahrnehmung kultureller Angebote beispielsweise der Stadtbüchereien,
238 Musikschulen und von Veranstaltungen sind kein Luxus für begüterter Bürger. Kulturelle Angebote
239 gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller und deshalb müssen Städte und Gemeinden die
240 kulturelle Arbeit weiterhin fördern, anstatt sich aus der Arbeit zurückzuziehen, weil es sich angeblich
241 um freiwillige Leistungen *handle*.

242 **Energiepolitik**

243
244 Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen
245 öffentliche Aufgaben bleiben.

246
247 *Die LINKE unterstützt lokale Energie- und Umweltprojekte, zur Verbesserung der ökologischen*
248 *Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer Energieerzeugung.*

249
250 *Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, und ihre*
251 *Wasserversorgung lokal selbst organisieren* und sich so von den großen Energiemonopolisten
252 unabhängig machen. *Die LINKE unterstützt vor diesem Hintergrund die Organisation lokaler*
253 *Energieversorgung auf genossenschaftlicher Basis oder in der Hand der kommunalen Stadtwerke.*

254
255 *In Hessen bildet der Ausbau der Windkraftanlagen das Rückgrat der notwendigen Energiewende. Wir*
256 *unterstützen den Ausbau der Windkraftnutzung. Für die Planung, die Festlegung der Standorte und*
257 *die Ausbaubedingungen und die Formen der Bürgerbeteiligungen muss eine demokratische*
258 *Willensbildung in den Kommunen maßgebend sein.*

259 *Wir sind unbedingt dafür, dass die Kommunen die Stromnetze wieder in ihren Besitz übernehmen, um*

260 *so lokal die politischen Weichen für eine regional nachhaltige Energiepolitik zu legen.*

261

262 *Die derzeit geplanten Starkstromtrassen vom Norden quer durch die Republik behindern, anders als*

263 *vorgegeben wird, eine vernünftige dezentral organisierte Energiewende. Deshalb wird die LINKE*

264 *diese Vorhaben nicht unterstützen.*